



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen gemeinsame Sondersitzung des
Bildungsausschusses und des Jugendhilfeausschusses am
24.06.2025
öffentlich**

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:47 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Schmidt, Claudia	Ausschussvorsitzende Bildungsausschuss CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Pieloth, Philipp	Ausschussvorsitzender Jugendhilfeausschuss SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Backmund, Paul	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Heym, Carsten	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Marks, Birgit	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Haupt, Ute	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Burkert, Silke, Dr.	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Ranft, Melanie	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wend, Detlef, Dr.med.	Volt/MitBürger
Schachtschneider, Andreas	Fraktion Hauptsache Halle
Wünscher, Ulrike, Dr.	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Krause, Yvonne	Vertretung für Herrn Jan Riedel Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Hayne, Gaby, Dr.	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Kohlert, Steffen	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Kramer, Uwe	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Manser, Anna	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Starke, Christof	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Becker, Daniel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Gläser, Johannes-Michael	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mischke, Elias	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petrick, Mirko	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Schönrok, Robert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Kullack, Maximilian	Sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss
Lembert, Friedrich	Sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss
Scherer, André	Sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss
Slowig, Andreas	Sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss
Walldorf, Nicole Esther	Sachkundiger Einwohnerin im Bildungsausschuss
Wiechmann, Martin	Sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss

Verwaltung:

Katharina Brederlow
Alexander Frolow
Christian Hiepe
Annika Seidel-Jähnig

René Lukas

Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiter Fachbereich Bildung
Leiter Abteilung Schule
Referentin Geschäftsbereich Bildung und
und Soziales
Protokollführer

Entschuldigt fehlen:

Riedel, Jan
Wölfel, Ulrike
Lange, Hendrik
Brasche, Michelle
Raabe, Friedemann
Heinicke, Tobias

Deubel, Jerome
Fischer, Toralf, Dr.
Kluge, Hendrik, Dr.
Methner, Andreas, Dr.
Moses, René
Nordhaus, Max
Privorozkaya, Tatjana
Suchantke, Daniela
Teschner, Nico
Willers, Susanne
Henke, Cordula

Rudek, Jenny

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion Volt/MitBürger
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sachkundige Einwohnerin im
Bildungsausschuss
Sachkundige Einwohnerin im
Bildungsausschuss

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bildungsausschuss

Frau Schmidt eröffnete die Sitzung des Bildungsausschusses und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Jugendhilfeausschuss

Herr Pieloth eröffnete die Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

nicht öffentlicher Teil

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller zum HALLIANZ Jahresbericht 2024

Herr Fritz wies darauf hin, dass gewöhnlich zum Jahresbeginn ein Jahresbericht der HALLIANZ für Vielfalt auf deren Website veröffentlicht wird. Er stellte fest, dass für das Jahr 2024 aktuell kein Bericht vorliegt. **Herr Fritz** erkundigte sich, wann der Bericht für 2024 veröffentlicht wird.

Herr Frolow antwortete, dass die HALLIANZ für Vielfalt turnusgemäß Jahresberichte veröffentlicht. Er wird die Verantwortlichen auf den Sachverhalt ansprechen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Es lag keine Niederschrift zur Abstimmung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 3. Satzung zur Änderung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) - 3. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung Vorlage: VIII/2025/01219

Herr Hiepe brachte die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Ranft erkundigte sich, ob die genannten 16 Schüler und Schülerinnen alle tatsächlich anwesend sind und es eine verlässliche Angabe ist, weil es gelegentlich auch sogenannte „Karteileichen“ gibt. Also Kinder, die zwar im System erfasst sind, aber eigentlich nicht mehr in der Schule sind oder nicht mehr regelmäßig teilnehmen. Sie fragte, ob es eine Absicherung gibt, dass alle genannten Kinder auch wirklich aktuell anwesend sind, oder ob es möglich sein könnte, dass einige fehlen, weil sie verzogen sind oder nicht gemeldet wurden.

Herr Hiepe teilte mit, dass zu Beginn des Aufnahmeverfahrens immer ein Abgleich durchgeführt wird. Dabei werden die Schülerdaten aus dem Bildungsmanagementsystem mit den Informationen der Schulen verglichen. Es wurde festgestellt, dass noch 16 Schüler im System verzeichnet sind, für die es keine Rückmeldung gibt. Falls diese Schüler bis Februar nicht umgezogen sind, bleiben sie im System erfasst. Es wird angenommen, dass diese Schüler weiterhin versorgt werden müssen.

Herr Scherer stellte fest, dass nach den Änderungen, die sich seit der Vorlage der Zustimmung des Landesschulamts ergeben haben, eine erneute Genehmigung vom Landesschulrat vorliegen muss. Er erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand.

Herr Hiepe sagte, dass sich die Verwaltung telefonisch mit der Genehmigungsbehörde abgestimmt hat und sehr zuversichtlich ist, dass sie eine Genehmigung erhalten wird.

Frau Schmidt sprach die nicht versorgten Schüler an. Sie erkundigte sich, wie viele Schüler momentan noch keinen Schulplatz haben, die entweder auf ein Gymnasium gehen sollen oder das Abitur anstreben,

Herr Hiepe wies darauf hin, dass es 20 Schülerinnen und Schüler gibt, deren Eltern noch keine Entscheidung getroffen haben, ob sie auf ein Gymnasium gehen. Im Vergleich dazu gibt es 15 noch verfügbare Plätze an Gymnasien, bei denen die endgültige Entscheidung noch aussteht. Bis dato gab es eine Mehrfachanmeldung, die nach Rücksprache mit der Sachbearbeiterin jedoch aufgehoben wurde. Dieser Schüler wird nun zum Genscher Gymnasium wechseln.

Frau Schmidt stellte fest, dass es insgesamt 23 Plätze gibt, 15 Plätze an den gymnasialen Zweigen in den KGSen und zusätzlich 8 Plätze. Sie erwähnte, dass somit beim Christian-Wolff-Gymnasium eine Bewegung stattfinden könnte. Wenn dort noch einmal 28 Plätze geöffnet werden. Sie erkundigte sich nach dem aktuellen Stand.

Herr Hiepe teilte mit, dass von den 20 Interessensbekundungen vier Schülerinnen und Schüler, mit einem Humboldt-Gymnasialzweig versorgt sind. Des Weiteren sind vier Schüler und Schülerinnen an der IGS am Planetarium. Ein Schüler ist am Gymnasium Südstadt, vier am Giebichenstein-Gymnasium "Thomas Müntzer" und einer am Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasium.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung der Beschlussvorlage für den Bildungsausschuss.

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:** einstimmig zugestimmt

Herr Pieloth bat um Abstimmung der Beschlussvorlage für den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) - 3. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung — gemäß der Anlage 1.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Mitteilung über die Übersicht Aufnahme in die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/-26 Vorlage: VIII/2025/01343

Die Mitteilung über die Übersicht Aufnahme in die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/-26 wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Mitteilung über die Aufnahme in die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/-26 Vorlage: VIII/2025/01342

Die Mitteilung über die Aufnahme in die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/-26 wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Herr Wend zum „Bundesinvestitionsprogramm Ganztagsbetreuung“.

Herr Dr. Wend nahm Bezug zum Thema „Bundesinvestitionsprogramm Ganztagsbetreuung“ bei der im Dezember eine Vorauswahl für die Verwendung von 9,1 Millionen Euro getroffen wurde. Er fragte, ob diese Gelder bestimmte Institutionen betreffen, etwa die Kirchteichschule, und ob es bereits Informationen darüber gibt, wie und wo das Geld möglicherweise eintreffen könnte.

Herr Frolow bestätigte, dass eine Zusage der Gelder besteht, er aber noch keine genaue Angabe über eine Zuteilung geben kann.

Herr Dr. Wend fragte, ob eine Antwort der Verwaltung im morgigen Stadtrat möglich wäre.

Herr Frolow bejahte dies.

zu 8.2 Frau Schmidt zur Sanierung Kirchteichschule

Frau Schmidt bezog sich auf den Variantenbeschluss Grundschule „Am Kirchteich“. Sie teilte mit, dass die Stadträte vor Kurzen eine Präsentation zur Sanierung der Grundschule „Am Kirchteich“ erhalten haben. **Frau Schmidt** sagte, dass in dieser Präsentation recht oberflächlich erläutert wurde, dass der Änderungsantrag für die Variante 2 nicht zur Annahme empfohlen wird, mit einer kurzen Bemerkung, dass eine Verzögerung nicht günstig ist und es zu Mehrkosten führt. Sie empfindet den inhaltlichen Aspekt der Präsentation als zu oberflächlich und hält es nicht für hilfreich, einzelne Projekte aufzulisten, die nicht realisiert werden können. Sie bat die Verwaltung um Erläuterung.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die zugesandte Präsentation nicht aus ihrem Geschäftsbereich stammt. Sie bemerkte, dass das zentrale Thema die Risiken im Zusammenhang mit der sogenannten Variante 2 sein könnte. Diese Variante wurde von der Verwaltung eingebracht. Sie betonte, dass es bei dieser Variante vor allem um die finanziellen Folgen geht. Es ist wichtig, zu erkennen, dass die Risiken, die mit Variante 2 verbunden sind, nicht nur die möglichen finanziellen Belastungen umfassen, sondern auch die Konsequenz haben könnten, dass sich die Umsetzung verzögert, falls ein Widerspruch gegen die Variante eingelegt wird. **Frau Brederlow** machte deutlich, dass sie nicht beantworten kann, ob überhaupt ein Widerspruch erfolgen wird. Diese Entscheidung hängt von weiteren Faktoren ab, die sie derzeit nicht beurteilen kann. Abschließend wies sie darauf hin, dass Fragen zur zugesandten Präsentation morgen im Stadtrat an Herrn Geier gerichtet werden können.

zu 8.3 Herr Schachtschneider zum Variantenbeschluss - Grundschule (GS) am Kirchteich / Förderschule (FÖS) „Christian Gotthilf Salzmann“

Herr Schachtschneider erwähnte, dass im letzten Finanzausschuss die Fragen bezüglich der Finanzierung und der Varianten für den Schulstandort diskutiert wurden. Er wies darauf hin, dass im Bildungsausschuss die Variante 2 mehrheitlich beschlossen wurde. Dieser Beschluss wurde im Finanzausschuss von Herrn Geier vehement widersprochen, der mehrfach seinen Widerspruch ankündigte. **Herr Schachtschneider** sagte, dass die Verwaltung zwei Varianten vorgeschlagen hat, wobei nur 15,8 Millionen Euro im Haushalt vorgesehen sind. Beide Vorschläge sind also nicht vollständig finanziert. In einer PowerPoint-Präsentation wird nun eine realistischere Summe von 3,3 Millionen Euro genannt, wobei die zweite Variante, die nachhaltiger ist, noch mehr Kosten verursacht. Im Finanzausschuss wurde dargelegt, dass die Standzeit der Schule etwa 80 Jahre beträgt. Er bemerkte, wenn man diese 80 Jahre und die zusätzlichen 3,6 Millionen Euro Mehrkosten betrachtet, wäre es sinnvoller, am Standort in eine neue Schule zu investieren, anstatt die bestehende nur zu sanieren.

zu 8.4 Frau Ranft zum Variantenbeschluss - Grundschule (GS) am Kirchteich / Förderschule (FÖS) „Christian Gotthilf Salzmann“

Frau Ranft bat darum, dass die Stadträte und Stadträtinnen ihre Argumente für die morgige Sitzung des Stadtrats noch einmal klar und präzise formulieren. Sie teilte mit, dass die Vorlage bereits im Vergabeausschuss behandelt wurde und dort vertagt wurde. Der Stadtrat hat jedoch die Möglichkeit, sich über den Beschluss des Vergabeausschusses

hinwegzusetzen. **Frau Ranft** plädierte dafür, dass der Stadtrat morgen die Vorlage beratend beschließt, anstatt sie zu vertagen.

zu 8.5 Herr Schachtschneider zum Variantenbeschluss - Grundschule (GS) am Kirchteich / Förderschule (FÖS) „Christian Gotthilf Salzmann“

Herr Schachtschneider wies darauf hin, dass der Vergabeausschuss die Vorlage vertagt hat und sie somit im morgigen Stadtrat nicht auf der Tagesordnung stehen würde.

Frau Brederlow betonte, dass sich der Stadtrat über die Entscheidung im Vergabeausschuss hinwegsetzen kann.

zu 8.6 Herr Heym zum Variantenbeschluss - Grundschule (GS) am Kirchteich / Förderschule (FÖS) „Christian Gotthilf Salzmann“

Herr Heym äußerte den Eindruck, dass die Verwaltung momentan widersprüchlich in Bezug auf die Beschlussfassung handelt. Er betonte, dass es wichtig ist, die möglichen Szenarien klar darzustellen, insbesondere im Hinblick auf das Verhalten des Landesverwaltungsamts und die Konsequenzen für die Stadt Halle, um eine fundierte Abwägung und Beschlussfassung zu ermöglichen. Er kritisierte die aktuellen Szenarien, die nicht zielführend sind.

Frau Brederlow wird noch einmal bei der Verwaltung nachfragen, damit die entsprechenden Unterlagen morgen Vormittag möglichst bereitgestellt werden. Letztendlich liegt es morgigen Stadtrat, zu entscheiden, wie mit der Vorlage verfahren wird.

zu 8.7 Herr Pieloth zu sonstigen Maßnahmen der Jugendhilfe

Herr Pieloth bezog sich auf bestehende Haushaltssperre. Er erwähnte, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses im ersten Halbjahr bereits über sonstige Maßnahmen der Jugendhilfe gesprochen haben. Es bestehen noch finanzielle Restmittel für diese Maßnahmen im zweiten Halbjahr. **Herr Pieloth** erkundigte sich, wann eine Beschlussvorlage dazu vorliegt.

Herr Frolow teilte mit, dass im zweiten Halbjahr Maßnahmen zur Beschlussfassung mit einem Antragsvolumen von 132.000,- Euro anstehen. Im ersten Halbjahr wurden bereits Entscheidungen mit Rechtsansprüchen getroffen. Für das zweite Halbjahr wird geprüft, welche Maßnahmen noch kommen, wobei eine Priorisierung erfolgt ist. Er betonte, dass der Ausbau der Ferienfreizeiten, Jugendbegegnungen und ähnlicher Angebote im Ferienbereich wichtig ist. Es besteht die Notwendigkeit, zu priorisieren. Zudem soll noch einmal geprüft werden, wo Ermessensspielräume genutzt werden können, insbesondere bei innovativen Maßnahmen, die nicht fest in der Jugendhilfeplanung verankert sind. Hier besteht ein rechtlicher Spielraum, den man zugunsten des Haushalts nutzen könnte. **Herr Frolow** erwähnte abschließend, dass über die Entscheidungen unter 5000,- Euro im Jahr 2026 turnusmäßig berichtet wird.

zu 8.8 Herr Pieloth zur Schulsozialarbeit

Herr Pieloth sprach das Thema Schulsozialarbeit an. Er erklärte, dass die Prioritätensetzung für die Schulsozialarbeit bis zum 31.07.2026 per Beschlussvorlage abgestimmt wurde. Er stellte fest, dass ab dem 1. August 2026 bis Ende 2028 eine weitere Beschlussvorlage erforderlich ist. Er erkundigte sich, wann diese Vorlage eingebracht wird und ob bereits Mittel im Haushalt für die bisherige Beschlussvorlage eingestellt sind.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Kofinanzierung der landesgeförderten Projekte im Haushalt definitiv eingestellt wird. Für die rein kommunalfinanzierte Schulsozialarbeit kann sie jedoch keine Zusagen machen. Sie wies darauf hin, dass sich die Haushaltsberatung in einer schwierigen Lage befindet, da ein großes Haushaltsdefizit besteht. **Frau Brederlow** erläuterte, dass Schulsozialarbeit eine freiwillige Aufgabe im Sinne des Kommunalrechts ist und somit finanzielle Mittel nicht in den Haushaltsplan aufgenommen werden müssen. Es besteht also das Risiko, dass es auch bei diesem Bereich zu Einschränkungen im Haushalt kommen könnte.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Lempert zur 3. Satzung zur Änderung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) - 3. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung Vorlage: VIII/2025/01219

Herr Lempert informierte darüber, dass er mit dem Schulleiter der Sekundarschule Halle Süd gesprochen habe. Dabei wurde hervorgehoben, wie wichtig es sei sich Gedanken darüber zu machen, wie man Sekundarschulen attraktiver machen könne. Er sagte, die Stadt müsse Maßnahmen ergreifen, um eine Schließung der weiterführenden Schulen zu verhindern. Die Sekundarschule Halle Süd ist ein Beispiel dafür, da sie problemlos vier Klassen aufnehmen könnte und offen dafür ist, weitere Schüler zu empfangen. **Herr Lempert** sieht es als wichtig an, gemeinsam an der Attraktivität der Sekundarschulen zu arbeiten, da alle Schulen ein Interesse daran haben, diesen Prozess aktiv zu begleiten.

zu 9.2 Herr Lempert zum Thema Segregation und Durchmischung an Schulen

Herr Lempert regte an, dass das Thema Segregation und Durchmischung an Schulen nicht nur bei einzelnen Entscheidungen, wie der Sanierung in Halle-Neustadt, diskutiert werden sollte, sondern auf einer größeren Ebene. Er hebt hervor, dass die Art der Schulgestaltung, beispielsweise Lernlandschaften, zwar die Unterrichtsqualität beeinflusst, aber das eigentliche Problem die fehlende Durchmischung ist. Dieses Problem könne nicht allein durch bauliche Maßnahmen gelöst werden, sondern erfordere eine umfassendere Herangehensweise.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Frau Schmidt** und **Herr Pieloth** die öffentliche Sitzung der Sondersitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Claudia Schmidt
Ausschussvorsitzende
Bildungsausschuss

Philipp Pieloth
Ausschussvorsitzender
Jugendhilfeausschuss

René Lukas
Protokollführer